

Vanzjährig . . .	8 fl. 40 fr.
Halbjährig . . .	4 „ 20 „
Vierteljährig . . .	2 „ 10 „
Monatlich . . .	— „ 70 „

Vanzjährig . . .	11 fl. — fr.
Halbjährig . . .	5 „ 50 „
Vierteljährig . . .	2 „ 75 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 6 fr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmahr & S. Vamberger).

Für die einspaltige Petitzeile 3 fr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 fr. dreimal à 7 fr.

Insertionsstempel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten: und öfterer Einschaltung entsprechender Abtatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 149.

Montag, 3. Juli 1871. — Morgen: Udalrich.

4. Jahrgang.

Der Kampf zwischen Staat und Kirche.

Der gegenwärtig tobende Kampf zwischen Staat und Kirche ist durchaus kein neuer, sondern nur der uralte Kampf des gesunden Menschenverstandes gegen geistliche Bevormundung, der selbstbewußten Volkskraft gegen klerikale Herrschergefühle, gegen die Anmaßung der römischen Päpste und der Klerisei; neu hinzugekommen ist nur die jüngste Ueberhebung des Papstthums, die Unfehlbarkeitserklärung, der Tropfen, der das Maß zum Ueberfließen gebracht. Es ist eine perfide Verdrehung der Wahrheit, wenn heute ein großer Theil des Klerus den Leuten einzureden versucht, der Kampf, den er gegen die politische Freiheit, die Gewissensfreiheit, den Fortschritt in Kultur und Wissenschaft anstrengt, werde nur zum Schutze der bedrängten Religion geführt. Nein, nicht im geringsten um die Religion handelt es sich. Der Kampf wird unternommen und wird geführt zu Gunsten der klerikalen Herrschaft in weltlichen Dingen. Freilich wäre ein solcher Kampf ganz und gar unmöglich, wenn die Kirche nicht beständig die Schranken ihres Gebietes überschreiten würde. Beiden Gewalten sind ja grundverschiedene Aufgaben zugewiesen. Der Staat hat für das zeitliche Wohlergehen, die Kirche für das überirdische Heil des Menschen zu sorgen. Doch die geistliche Macht wollte stets die weltliche beherrschen, wie die Weltgeschichte lehrt, und wie ihr dies auch zu Zeiten gelungen.

Im Sinne der altchristlichen Kirchenverfassung lag die apostolische Gewalt in der Einheit und Gesamtheit der Bischöfe, als der Nachfolger der Apostel. Jeder Bischof war in seiner Diözese der selbständige Träger seines apostolischen Amtes, er hatte in eigener Verantwortlichkeit für Erhaltung der christlichen Lehre, den Gottesdienst und die Kir-

chenzucht in der Diözese zu sorgen. Dem Papste, als er den Primat unter den Bischöfen errungen, stand auch nur eine besondere Autorität in der Kirche zu; seine Gewalt war aber nicht unbeschränkt, sie war beschränkt durch die gebotene Ehrfurcht vor den ökumenischen Konzilien und durch die anerkannten Rechte des bischöflichen Amtes, und den Ausflüssen der päpstlichen Gewalt gegenüber war eine Gegenerklärung (remonstratio) und bei offenen Ungerechtigkeiten sogar das Recht des passiven Widerstandes begründet. Wichtige die Kirche berührende Fragen und Glaubensstreitigkeiten wurden auf den Kirchenversammlungen, zu welcher auch die Laien Zutritt hatten, frei verhandelt und entschieden. Diese Versammlungen, welche die Gesammtintelligenz der Kirche darstellten, wurden vom Papste berufen, nach herkömmlicher Geschäftsordnung geleitet und stellten in freier, durch keinerlei Zwangsmittel gehemmter Berathung unter der Sanction des Papstes Beschlüsse fest, welche die Gewissen der Gläubigen nur in religiösen Dingen verpflichteten.

Doch kaum war der Papst weltlicher Fürst geworden, so schloß die Kirche den Bund mit den Junkern und Herren aller Länder zur Beherrschung und Bedrückung des Volkes; dies mußte Jahrhunderte hindurch Robot thun und Zehnten zahlen, bis es endlich nach langem dumpfen Gähren losbrach, zur Selbsthilfe griff, sich seiner Bedränger entledigte und den Rechtsstaat schuf. Die Staatsgewalten hatten endlich ein Einsehen und gewährleisteten dem Volke, dem eigentlichen Schöpfer und Erhalter des Staates, seine Rechte; jedoch die Kirche will das arme Volk noch ferner bedrücken, und da sie in diesem schändlichen Treiben der freie Staat hindert, so ist ihr dieser ein Dorn im Auge, sie will nicht mit ihm in Freundschaft leben, sie, die mit allen Volksbedrücken

und Despoten in bester Freundschaft gelebt und noch lebt, sie die noch unlängst für Aufrechterhaltung der Sklaverei in Nordamerika eingetreten.

Stärker als je tritt dieser Kampf in unseren Tagen seit der Unfehlbarkeitserklärung auf, mehr als je suchen die Klerikalen im Bündnisse mit den Feudalen, ihren einstigen Bundesgenossen, und mit allen Elementen des Umsturzes im Siege, diesen zu unterwühlen und die freirechtlichen Gesetze zu untergraben. Dies ist das Ziel, dies die Bedeutung des Kampfes. Jeder möge die Augen öffnen, der noch im Unklaren ist über die kirchliche Bewegung der Gegenwart, der noch bethört und geblendet ist durch die gleißenden Worte der Schwarzen, er betrachte sich die Brutstätten klerikaler Wählereien, deren Name „katholisch-politische Vereine“ schon den Vogel an seinen Federn erkennen läßt. Denn was haben wohl, um des Himmelswillens, Politik und Religion miteinander zu thun? Er betrachte sich einmal das heutige Wirken der Geistlichen im Reichsthal und auf der Kanzel. Sind sie nicht zur politischen Tribüne herabgewürdigt worden? Streiten sie nicht unter dem Deckmantel eines Glaubenskampfes einzig und allein für die weltlichen Vorrechte der Klerikalen? Scheuen sie sich etwa, indem sie die bürgerliche und konfessionelle Freiheit befechten, zu einem Kriege zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes aufzufordern und die Völker gegen einander zu hegen?

Es sei ferne von uns, den Priestern verbieten zu wollen, Politik zu treiben. Sie mögen Politik treiben, so viel sie wollen, in Zeitungen agitieren, in Wählerversammlungen sprechen, es steht ihnen zu, wie jedem andern Staatsbürger. Aber im Reichsthal und auf der Kanzel darf der Priester es nicht. Sobald er in kirchlicher Funktion auf derselben steht,

Fenilleton.

Migr. Zeran und der Theologe des „Tagblatt.“

Die Freude des alten Archimedes, als er das Geheiß der Statik entdeckt und sein *ἡγερμα! ἡγερμα!* (ich hab's gefunden) rufend durch die Straßen von Siratus lief, kann unmöglich größer gewesen sein, als die des Monsignore Zeran, als er nach 14tägigem Nachgrübeln endlich die Entdeckung machte, das im 1. Briefe Petri 5 R. 13. V. erwähnte Babilon, von wo der Brief ausgegangen, sei Rom und nicht die am Euphrat gelegene Chaldäerstadt gewesen. Leider müssen wir dem Theologen im violetten Talare seine Freude unbarmherzig zerstören, ungeachtet er ungeheuer gelehrt thut und Tir. Com. in epist. 3. Petri p. 269 und Apok. 17, 18. zitiert. Monsignore weiß aber bei aller seiner geradezu verblüffenden Gottesgelahrtheit nicht, daß Babilon nie und nimmer in den sogenannten Lehrbüchern des neuen Testaments für Rom gebraucht wird, sondern einzig und allein in den polemischen oder Streitschriften des jungen Christenthums. An Babilon knüpften sich nämlich die

traurigsten und schrecklichsten Erinnerungen des jüdischen Volkes, die Zerstörung Jerusalems, des salomonischen Tempels, die Gefangenschaft u. s. w. Nun, eine solche Streitschrift im vollsten Sinne des Wortes ist die sogenannte Apokalypse oder Offenbarung Johannis, jetzt nicht mehr das alte Räthselbuch, das Jahrhunderte lang als prophetisches Compendium der Welt- und Kirchengeschichte galt, aus dem man die Zukunft herauslesen wollte, eine unererschöpfliche Fundgrube fantastischer Träume, sondern eine der geschichtlich klarsten und verständlichsten Schriften des neutestamentlichen Kanons und damit zugleich eine der werthvollsten der christlichen Urzeit. Dieselbe entstand im Jahre 68 n. Ch. unter dem frischen Einbruche der Neronischen Christen- und Judenverfolgung und des kürzlich ausgebrochenen römisch-jüdischen Krieges, und zwar in banger Erwartung noch weit größerer Schrecknisse. Der römische Imperator Nero, diese Personifikation des gottlosen Heidenthums, ist der Antichrist oder Gegner Christi, der wiederkehrt und der jungen Messiasgemeinde noch größere Schrecknisse bereitet. Aber auch Christus wird wiederkehren und den Entscheidungskampf gegen das antichristliche Heidenthum führen. Dieser Kampf wird begleitet sein, von furchtbaren Zeichen in der äußern Natur, doch der

Sieg über den antichristlichen Gegner und die ganze heidnische Welt bleibt den Christen und damit wird das tausendjährige Reich anbrechen. Nach Ablauf desselben wird der Feind noch einmal entseßt und endlich vernichtet, und dann das himmlische Jerusalem auf die Erde herabkommen. Das alles wird in der prophetischen, bilderreichen Sprache des Jesaias und Daniel geschildert, und da ist es ganz begreiflich, daß des Antichrist Nero Residenz Rom die Hure genannt wird, die auf den Wassern thront (vgl. Jesaias 23, 15—18), die Große, die Mutter der Unzucht und der Greuel auf Erden (vgl. Daniel 4, 27), die große Stadt Babylon, die Herrscherin über die Könige der Erde u. c., und daß damit Rom gemeint ist, erhellt aus Apok. 17, 9, wo es heißt: „Die sieben Köpfe des Thieres sind sieben Berge, worauf das Weib sitzt, auch sind es sieben Könige. Fünfe sind gefallen, einer ist, der andere ist noch nicht gekommen, und wenn er kommt, soll er nur kurze Zeit bleiben.“ Jedermann sieht hier klar und deutlich die 7 Hügel der Stadt Rom, die 5 Imperatoren von Augustus bis auf Galba; diesen selbst und seinen Nebenbuhler Otho. Selbst die Zeit der Abfassung der Apokalypse ist hiemit auf's genaueste gegeben, nämlich Galba's, des Nachfolgers Nero's, kurze Regierung vom Juni 68 bis Januar

genießt er ein Vorrecht, das ihm zugleich die Pflicht auferlegt, sich strenge innerhalb des Evangeliums und der kirchlichen Grenzen zu halten. Thut er es nicht, so macht er die Predigt zur Volksversammlung, die Kanzel zur politischen Rednerbühne. Dann muß er sich auch gefallen lassen, daß ihn jeder mann aus der Zuhörerschaft unterbricht oder gar ein politischer Kommissär die Versammlung auflöst. Seine Auslassungen, die über das Gebiet der Religion hinausweisen, unterliegen der öffentlichen Kritik in Zeitungen und in der Tagesliteratur. Sobald die Worte und Thaten eines katholischen Priesters nicht mehr christliche Milde und Barmherzigkeit athmen, sondern Haß, Unbuddsamkeit, Eigennutz, so brennt sich dagegen das Gewissen jedes christlichen Menschen.

Das Volk ist empfänglich für Wahrheit. Es wird noch die Zeit kommen, wo es einsehen lernt, daß die Religion, welche am See Genesareth gelehrt wurde, nun in ihr Gegentheil verwandelt, die Grundsätze des Christenthums gefälscht, die Kirche zu einem Kramladen gemacht worden. Wer es wohl meint mit dem Volke, der Pfaffe, der gegen die neuen Schulgesetze wühlt, der alle Gesetze, welche der Freiheit und dem Wohlstand der Menschheit dienen, von der Kanzel herab als gottlos ausschreit, der sich jeden kleinen Dienst vom ärmsten Manne bezahlen läßt, dem Arbeiter den sauer verdienten Kreuzer für die Opferbüchse abschwindelt und seinen Geldlasten mehr verehrt, als den wahren Christus; wer es besser meint, der Pfaffe, der seinem Bruder das Grab verweigert und seine Seele verflucht, weil er anders denkt und glaubt, als es die Jesuiten in Rom befohlen; wer es besser meint, dieser Pfaffe oder der Mann, der Tag und Nacht für die Bildung und das Wohl des Volkes arbeitet, wer seinem Geldbeutel wehe thut, um die Mittel der Aufklärung zu beschaffen, welcher keine Gefahren und keine Feindschaft scheut, um das edle Ziel zu verfolgen, wer es da wohl meint mit dem Volke, der Pfaffe oder der Mann, der das Gesetz achtet und verteidigt und das Vaterland liebt, wer von diesen beiden der Mann ist, der dem Volke sein Recht erhalten und erweitern will und es von den Stockprügeln, der Robot, dem Zehent und der Unsicherheit all' seines Hab und Gutes befreit hat — das weiß auch das Landvolk recht gut und fühlt es und erkennt es dankbar an. Darum bleiben wir dabei, die Zeit wird kommen, wo das Volk zu seinem Schrecken erkennen wird, daß dort, wo im politischen Kampfe das Heiligthum der Religion als Richtmaße vorgehalten wird, hinter dieser Maske der Engel der Finsternis steckt, der sich, wie Paulus spricht, gar so gern in einen Engel des Lichtes verkleidet.

Politische Rundschau.

Laibach, 3. Juli.

Inland. Die österreichische Delegation behandelte in ihrer Sitzung vom 1. Juli den gemeinsamen Staatsvoranschlag, und zwar das Kapitel des auswärtigen Ministeriums. Der Reichskanzler Graf Beust benützte diesen Anlaß, um seine bereits im Budgetausschuß dargelegte auswärtige Politik und die Beziehungen Oesterreichs zu den fremden Mächten des weiteren auszuführen. In jener feinen geistreichen Form, die wir an ihm gewohnt sind, antwortet er auf die Auslassungen des klerikalen vorarlberger Doktors Delz, der auf allen Seiten, rechts und links, hüben und drüben, innen und außen nichts als Gefahr sieht, ja schon das Petroleum der internationalen Arbeiterverbrüderung riecht, und dem insbesondere die Presse und der „konfessionslose Staat“, der den Papst ohne Hilfe läßt, ein Greuel sind. Beust bezeichnet die von ihm befolgte Politik der letzten Jahre als die des berechneten Friedens. Das Verhältniß zu Deutschland, sowie zu Rußland sei das allerfreundschaftlichste. Das hart geprüfte und doch so lebenskräftige Frankreich, welches eben der Welt einen Einblick in seinen Nationalreichtum gegeben habe, erkenne in uns seinen aufrichtigen Freund. Dasselbe gelte von unserem südlichen Nachbar. Italien weiß es und wird es nie anders erfahren, daß wir dem Grundsatz der Nichteinmischung in seine Angelegenheiten treu bleiben. Und seine Regierung ist zu erleuchtet, um es nicht zu würdigen, wenn wir hiebei die Schonung berechtigter Gefühle nicht außer Acht lassen.

Er rechne für seine Friedenspolitik auf die Zustimmung der Delegation und hoffe, daß der Patriotismus und das Selbstgefühl der Völker Oesterreichs den Theil der Arbeit übernehmen werden, welchen die Regierung nicht leisten kann, vielmehr dem altösterreichischen Geiste aller der Monarchie angehörigen Völker und Länder mit vollem Vertrauen überlassen muß.

Denn nur der innere Friede sei es, welcher der von ihm befolgten Friedenspolitik den Vorwurf der Schwäche erspare und die Achtung des Auslandes sichere.

Beust's Rede machte den besten Eindruck, seine Politik wurde nur getadelt von einer Seite, deren Tadel ein Erfolg ist; hingegen erntete sie Beifall und brachte ihm ein Vertrauensvotum von einer Seite, an deren Lob in der Delegation ihm am meisten gelegen sein muß.

Wie schon erwähnt, gedenkt die Regierung den Reichsrath um die Mitte des laufenden Monats zu schließen und im nächsten Monat die Landtagessession

zu eröffnen. Ihre Verhandlungen mit den Czechen sind noch ohne alles praktische Ergebnis. Weder hat das Ministerium den Czechen bestimmte Zusicherungen bezüglich ihrer Deklaration gemacht, noch haben die czechischen Unterhändler bereits etwas versprochen, sondern man holt sich gegenseitig aus, und erst im böhmischen Landtage dürfte der Irrthum des Grafen Hohenwart offenbar werden. Höchst charakteristisch ist, was der „Dziennik polski“ über den czechischen Ausgleich sagt: „Nur persönliche Motive könnten die Czechen veranlassen, von der Deklaration abzuweichen. Bekannt ist es ja, daß Benzelesöhne recht gerne den Posten eines Ministers, Statthalters, Sektionschefs, Bezirkshauptmanns und zur Noth auch den eines Kanzlisten nicht nur in der Heimat annehmen, sondern überall, wo er eben vakant ist. Ebenso bekannt ist es, daß das Jahr 1867 dem Export des Beamtenartikels aus Böhmen und Mähren nach Galizien und Ungarn empfindliche Wunden schlug und in Folge dessen die czechische Opposition merklich vermehrte. Demungeachtet sind czechische Deklaranten und galizische Resolutionisten nicht aus einem Holze geschnitten, und Graf Hohenwart wird die ersteren nicht so leichten Kaufes gewinnen, wie ihm dies bei letzteren gelungen ist. Der czechische Appetit ist ganz anders geartet. Ein galizischer Resolutionist von echtem Schrott und Korn zahlt bereitwillig einen Betrag der Staatskasse, damit man ihm nur einen Titel gewähre. Dagegen scheeren sich die Herren Priziczile, Prizisoczile, Doskozile, Wiosoczile u. s. w. den Teufel um Titel, ihnen liegt am Herzen der — Zahlungsbogen. Schon aus finanziellen Gründen ist die Deklaration eine härtere Nuß als unsere Resolution. Erwägen wir aber noch ein wichtiges Moment. Ein Szlachta (Zunker) aus Galizien wird zum Minister erhoben und 5000 Standesgenossen fühlen sich durch diese hohe Gunst glücklich, ohne sonst das hohe Arealium weiter behelligen zu wollen. Czechische Deklaranten würden sich aber zu Tode zerfleischen, sobald man einen aus ihrer Mitte zur Tafel laden möchte und die übrigen dieser „Abfütterung“ zusehen ließe. Stelle man in Galizien Potocki und Sapieha zufrieden, dann werden auch die Majorität des Landtages, die Bezirksausschüsse (bis auf zwei haben die 74 galizischen Bezirksausschüsse lauter Adelige zu Obmännern), beinahe die ganze periodische Presse, alle groß- und kleinstädtischen Schreiber befriedigt sein. In Czechen müßte man mit jedem Deklaranten einen Separatausgleich vereinbaren, wozu weder Zeit noch Ausgleichsmittel vorhanden sind. Nieger repräsentirt ebensowenig die Altcechen, als Stadlowsh die Jungcechen.“

Die offiziellen Zeitungen bringen über die „Deutschen in Oesterreich“ Artikel, deren Tendenz eine abwiegelnde sein soll. Anknüpfend an das — übrigens von dem offiziellen Prager „Abendblatt“ neulich in aller Form adoptirte — Schlagwort, man dürfe nicht straflos acht Millionen Deutsche in Oesterreich ignoriren, werden alle jene beruhigenden Erklärungen wieder aufgetischt, die Graf Hohenwart bereits im Parlamente zum besten gegeben. Die Stellung der Deutschen sei keineswegs gefährdet; das sei nicht das wahre Deutschthum, das seine Stellung gegenüber den anderen Nationalitäten nur mit staatlicher Hilfe und künstlicher Bevorzugung zu erhalten vermag. Nur auf sein natürliches Uebergewicht solle Deutsche seine Stellung basiren. Nur im gegenseitigen patriotischen Wettstreit liege die Bürgschaft für eine gedeihliche Entwicklung des Gesamtstaates.

Ausland. Der religiöse Kampf in Baiern, in welchem die Regierung noch immer keinen Schritt thut, wird in Norddeutschland mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Die Berliner „Nat. Ztg.“ faßt ihn vom Rechtsstandpunkte auf und sagt: „Die aufgeklärten Katholiken in Baiern müssen sich freilich auf einen langwierigen Kampf gefaßt machen. Er würde viel hoffnungsloser sein, wenn nicht das Reich hinter ihnen stünde; die Rücksicht auf das Reich aber wird vielleicht die Kurie bewegen, den Bogen nicht straff zu spannen, und schlimmstenfalls,

69 n. Chr. Nun wird wohl M. Zeran selbst nicht mehr behaupten wollen, in den Schlussworten des 1. Briefes Petri (R. 5, V. 13): „Es grüßet euch die mitterwählte Gemeinde in Babylon und mein Sohn Markus“ sei Rom gemeint. Welchen Beweggrund mochte wohl Petrus, der doch selbst nach orthodoxester Theologie nach dem Jahre 67 nicht mehr am Leben war, gehabt haben, Rom ein Babel zu nennen? Oder warum nennt Paulus die Römer niemals Babylonier oder Rom ein Babel, wenn das unter den ersten Christen so üblich war? Warum endlich thut die Apostelgeschichte der Anwesenheit Petri in Rom nicht mit einer Silbe Erwähnung, wenn er 25 Jahre, also von 42—67, dort als Papst residirte? Ist M. Zeran im Stande, auf diese und ähnliche Fragen Antwort zu geben, ist er im Stande, für die Anwesenheit Petri in Rom oder die Existenz eines heil. Johann von Nepomuk vor 1620 auch nur den geringsten historischen Beweis anzuführen, so thue er es in ehrlichem, anständigem Tone. Daß es, um eine auf tiefer wissenschaftlicher Forschung und auf sorgfältigster Abwägung aller Daten beruhende Angabe zu widerlegen, heutzutage nicht mehr genügt, mit rohen Ausdrücken um sich zu werfen und den Gegner einen „Lügner“ zu schelten, sieht nachgerade jeder Schulknaabe ein. Nur päpst-

liche Kammerherren und geistliche Würdenträger scheinen noch nicht so viel Anstandsgefühl zu besitzen, daß sie eine Frage mit Würde und Ruhe vor der Öffentlichkeit erörtern könnten. Zudem hat der Theologe des Tagblatt für seine Behauptungen sich nur auf die Briefe der Apostel Petrus und Paulus und des Clemens Romanus berufen, und unser Hochwürdiger, indem er das alles rundweg als Lüge erklärt, bedenkt in seiner ohnmächtigen Wuth nicht, daß er nicht bloß seine eigene Unwissenheit in theologischen Dingen an den Pranger stellt, sondern auch die Apostel selbst vor aller Welt als Lügner erklärt. Wir wissen es zwar schon lange, daß den schwarzen Herren namentlich der Apostel Paulus ein Dorn im Auge ist, daß sie ihn nicht gerne zitiert sehen, denn es gibt da recht verhängliche Sachen, die mit den heutigen hierarchischen Bestrebungen nicht recht stimmen wollen. Ja, wenn Christus und die Apostel heute auf Erden erschienen, würden sie ebenso in Vann gethan werden, wie Döllinger und Genossen. Das soll uns aber nicht abhalten, mit einem Spruche Pauli an Timoth. 1,7. zu schließen: „Sie wollen für Geselehrte gelten, und verstehen doch selbst weder, was sie vortragen, noch, womit sie es beweisen.“

wenn diese Rücksicht nicht beobachtet werden sollte, so würde früher oder später die Kurie mit sämtlichen deutschen Staatsgewalten uneins werden. Der Rückhalt, den sie im Reiche finden, ist daher die wesentlichste Stütze der freisinnigen Bayern, eine Stütze, die ihnen gleich in dem gegenwärtigen Stande des Kampfes zugute kommt, indem sie Muth schöpfen aus ihrem Bewußtsein, Reichsangehörige zu sein."

Die „Epen. Btg.“ widmet der Erklärung Döllingers und Genossen eine sehr objektiv gehaltene Besprechung, welche die Wichtigkeit der Erklärung anerkennt, da diese Bewegung, wenn sie weiteren Fortgang nehmen sollte, sich von dem Primat und Episkopat gerade so loszuziehen müßte, wie es die deutsche Reformation im 16. Jahrhundert zu thun genöthigt war. Indessen lasse sich in keiner Weise voraussetzen, ob die Erklärung von tiefen Folgen werde begleitet sein. „So hoch geachtet jene Männer sind, welche die Erklärung unterschrieben haben,“ sagt die „Epen. Btg.“, so hängt doch die Zukunft der Bewegung vor allem davon ab, ob die niedere Geistlichkeit und das Volk sich für dieselbe aussprechen. Wenn wir in Korrespondenzen aus Bayern fortwährend lesen, man wolle erst sehen, was die Regierung thun werde, so zeigt das wenig Vertrauen. Die Reformation des 16. Jahrhunderts ging von Universitäten, von der niederen Geistlichkeit und dem Volk aus, und erst als sie da eine Macht geworden, nahmen die Landesherren und die städtischen Obrigkeiten bestimmte Stellung."

Die „Provinzialkorrespondenz“ wirft einen flüchtigen Blick auf die erste Session des neuen deutschen Reichstags. Der wohlwollenden Sinnes und mit wohlwollender Hand geschriebene Artikel schließt sehr glücklich mit dem Hinweis auf das nationale Band das jetzt alle deutschen Stämme umschlingt. Bei dem frohen Gefühle des gelungenen Werkes muß man aber gerechterweise auch Oesterreich dafür danken daß es die Arbeit nicht gestört, nicht gehindert hat. Wohl ist des nationalen Bundes im Prager Frieden Erwähnung gethan, über die Herstellung desselben konnte man aber in Wien und Berlin verschiedener Meinung sein. Das ist schließlich nicht der Fall gewesen, und dafür gebührt der Hofburg und dem Grafen Beust aufrichtiger Dank. Diesem Dank Ausdruck zu geben ist denn auch seit dem Dezember 1870 von dem Hohenzollern und dem Bundeskanzler keine Gelegenheit unbenutzt gelassen worden. Das Zusammengehen Oesterreichs und Deutschlands wäre ein undurchbringlicher Friedensdamm, dessen schützende Kraft sich auch auf Italien ausdehnen würde. Die Gerüchte von der Wiederherstellung der heiligen Allianz sind vollständig grundlos — eine müßige Erfindung, der Genossen Bebel's. — Was die Kommune zu fürchten hat, ist die heilige Allianz aller gegen die Feinde der Sittlichkeit und staatlichen Ordnung.

Ueber die *Revue* am 30. Juni sagte der Präsident der Versailler Nationalversammlung unter anderm: „Wir haben gestern einem schönen Schauspiel beigewohnt, welches geeignet war, die Herzen zu erheben. Wir haben diese prächtige Armee, welche in der Hauptstadt die Herrschaft der Geseze wieder hergestellt und die Zivilisation gerettet hat, in jener herrlichen Haltung und mit jener kriegerischen Disziplin defiliren gesehen, welche ihr eigen sind. Die Nationalversammlung wird mir gestatten, die Armee in ihrem Namen zu beglückwünschen.“ Indem der Präsident den Erfolg der Anleihe berührte, fügte er hinzu: „Solche Hilfsquellen zeigen, daß Frankreich immer eine große Nation sei; es ist durch die Unglücksfälle zwar gebeugt, aber nicht niedergedrückt, es wird unverweilt die hohe Stellung wieder einnehmen, die ihm stets gebühren wird.“

In *Brest* schmachten bekanntlich, auf Schiffen und Pontons zusammengepfercht, vierzehntausend Anhänger der Kommune in Gefangenschaft. Sie wissen nicht, ob und wann sie deportirt werden sollen. Der Marine-Präsident von *Brest* soll nun einen Bericht nach Versailles geschickt haben, worin er der Mei-

nung Ausdruck gibt, daß die meisten der Detinirten ohne jede Gefahr entlassen werden könnten. Es sei dies auch direkt nothwendig, wenn man den Krankheiten ein Ziel setzen wolle, von denen die auf den Pontonschiffen Eingesperrten dezimirt würden. Der Marine-Präsident spricht die Besorgniß aus, daß bei der an Bord der Schiffe unvermeidlichen feuchten Hitze unter den in den engsten Räumen Eingepferchten furchtbare Epidemien ausbrechen könnten. Wie viel arme Teufel werden wohl schon jetzt täglich sterben? Sie sind wunderbar human, diese „an der Spitze der Zivilisation“ marschirenden Franzosen.

Die viel gefürchtete „Internationale“ scheint in die Brüche zu gehen. Der Londoner Vorstand macht den Anfang. Es wurde bereits mitgetheilt, daß die vielbesprochene „Adresse“ Herrn Karl Marx zum Verfasser hatte und daß sie nur insofern für eine Adresse der „Internationale“ gelten könnte, als sie von den anwesenden Vorstandsmitgliedern einstimmig gutgeheißen wurde. Aber wie sich jetzt herausstellt, waren eben nicht alle Vorstandsmitglieder anwesend, und Lucraft und Odger machen der Welt bekannt, daß sie nach Einlegung ihres Protestes gegen diese Adresse „voller Ekel“ aus dem Vorstande ausgetreten sind. „Daily News“ ist das einzige Blatt, welches es nicht unter seiner Würde hält, den Klagen der verschiedenen theilgenommenen Parteien seine Spalten zu öffnen, und hier hat sich dann seit einigen Tagen ein recht interessanter Federkrieg entsponnen. Wenn die Mitglieder der „Internationale“ mit einander zanken, fällt einem unwillkürlich Goethe's Sprüchlein von den Rezenzenten ein.

Ueber die Frage, ob nach der Ankunft des Königs Viktor Emanuel in Rom Papst Pius IX. dort bleiben oder abreisen werde, schreibt die „Italie“ eine lange Abhandlung, die schließlich darauf hinausläuft, daß diese Sache Italien jetzt gleichgültig sein könne. Anders hätte sich die Sache gestaltet, wenn der Papst nach dem 20. September fortgezogen wäre; aber heute hätte Italien, falls der Papst abreisen würde, nur die neuen Bedingungen in Betrachtung zu ziehen, unter welchen dem künftigen Nachfolger Pius IX. die Rückkehr nach Rom gestattet werden dürfte.

Zur Tagesgeschichte.

— Ein „Wiener Abendblatt“ konstatirt, daß der Kaiser mit der Hindeutung auf jenen „unpatriotischen Theil der Presse, welcher jede Gelegenheit benütze, Unzufriedenheit und Unruhe zu säen,“ bloß „die offiziöse und slavische Journalistik gemeint haben kann, da es ja bekannt ist, daß die Sensationsnachrichten von der Theilung Schlesiens, vom böhmischen Generallandtag und vom Königreiche Illyrien nur durch sie in die Welt gesetzt worden.“

— Der *Potro*, der am 1. Juli im Format der „Politik“ erschienen, enthält drei Erklärungen. Die erste, von Streichowski gezeichnet, besagt, daß „Potro“ einem aus dem Deklarantenklub hervorgegangenen Konsortium übergeben worden sei. Die zweite Erklärung, ohne Unterschrift, präzisiert die Aufgabe des Konsortiums, das Blatt zum besten der Nation und in Uebereinstimmung mit der Majorität ihrer Vertreter zu leiten. Die dritte Erklärung, von Rieger und Palaczky gezeichnet, sagt, daß die jetzigen Eigentümer nur zu dem Zweck und in der Hoffnung den „Potro“ übernommen, damit der bedauerliche Streit aufhöre, der zum Schaden der nationalen Sache geherrscht. Die Eigentümer hätten sich verbunden, das Blatt im Sinne der Versöhnung und der Vereinigung der Gesamtkräfte der Nation, im Geiste Rieger's und Palaczky's zu leiten und sich ihren Ansichten in allem zu unterwerfen. Das Konsortium bestehe aus aufrichtigen, uneigennütigen Patrioten, denen das Blatt aufs dringendste empfohlen sei. Der Leitartikel des „Potro“ bekämpfte das „Vaterland“, welches behauptete, daß der konservative Adel allein die Entscheidung in der Tasche habe. Es sei unwahr, daß der Adel an die Deklaration nicht gebunden sei; derselbe sei, wenn er auch nicht unterschrieben habe, so doch feierlich beigetreten und habe die Deklaration mit der vorjährigen

Adresse zum Throne getragen. Laut Telegramm der „Narodni List“ erwarten die Hofkreise die Königserklärung binnen sechs Monaten.

— Arnold Ruge schreibt in der „National-Zeitung“: Thiers ist freilich gezwungen worden, zu den Waffen zu greifen; nun wäre es aber die höchste Zeit, diese Prätorianer nach Hause zu schicken und lediglich mit der Polizei zu regieren, wo Gewalt nöthig ist, und mit den gewöhnlichen Korporationen, wo keine Gewalt nöthig ist und die Geseze gehalten werden, wie dies ja in der Schweiz fortwährend geschieht und überall geht, wo man es nur versucht. Statt dessen gibt sich Thiers alle mögliche Mühe, das zerbrochene Instrument des Imperialismus, und zwar aus denselben Elementen wieder herzustellen. „Die glorreiche Armee!“ „die Europa gerettet hat, indem sie die Kommune besiegt hat!“ „Unsere Niederlagen sind vergessen über diese glorreichen Thaten!“ — über die barbarische Niedermeglung der armen Bevölkerung von Paris, die sie gefangen genommen! — Und diese Soldaten „liebt Thiers wie seine Kinder!“ Man braucht diese Aeußerungen des alten „Staatsmanns“ nicht zu kritisiren, man braucht sie nur anzuführen; denn kein Mensch in Europa ist ein solches Mondkalb, daß er sich durch diese Einnahme der Pariser Barrikaden sollte gerettet fühlen, dagegen wird jeder erkennen, daß durch diese Rekonstruktion der Armee, durch diese Schlächtereie, wie zu Sulla's Zeiten, durch diese Aufhebung aller Geseze neben dem oben geschilderten nicht existirenden Staat — nur der furchtbare Brennstoff zu neuen Feuersbrünsten aufgehäuft worden ist. Auf diese Weise sehen wir die Franzosen so weit zurückgefallen, daß sie, die alle Elemente des Gedeihens in ihrer Hand hatten, jetzt alles wieder problematisch zu machen suchen und den Unsinn erneuern wollen, ihre ganze Geschichte ungeschehen zu machen. „Alle möglichen guten Eigenschaften, große Talente, erstaunliche Tapferkeit, Fleiß und Geschick haben die Franzosen,“ sagte neulich ein Franzosenfreund, „aber sie haben keinen Verstand“ — „common sense.“ Wie werden unter diesen Umständen die Ergänzungswahlen ausfallen? Wenn die Mittelpartei — die blaue — den Sieg davon trägt, so ist es eine Anerkennung des jetzt existirenden Zustandes und eine Schwächung der Restaurationphantasien. Die wichtigste Angelegenheit bliebe dann die Beseitigung der alten, sicherlich nicht zuverlässigen Armee und die Einführung der beschlossenen Volksarmee, wenn sie sich anders darauf verstehen. Dieser Beschluß, das deutsche System anzunehmen, zeigt mehr als alles andere, daß sich das Blatt nun gewendet hat und daß wir nicht mehr ganz für die Barbaren gelten, denen man erst die Zivilisation zu oktroyiren hätte. Freilich wäre das wahre, die vollständige Aufhebung der stehenden Armee.

— Die Subskription eine — Falle. Die Voraussicht der Pariser Polizei hat sich wieder einmal, wie die „Liberté“ berichtet, in glänzendster Weise bewiesen. Der Pariser Polizei-Präsident hat nämlich in der Voraussehung, daß viele Anhänger der Kommune, die sich bis jetzt den Nachforschungen der Polizei zu entziehen mußten, das bei den Zeichnungsstellen herrschende Gedränge benützen würden, um unbemerkt die gestohlenen oder geraubten Beträge in neuer Rente zu kapitalisiren, seine Maßregeln genommen. Es wurden zahlreiche verkleidete Agenten an allen Subskriptionsplätzen postirt, denen es wirklich gelang, bei 400 Verhaftungen von Kommunisten vorzunehmen, unter denen sich viele befanden, deren Habhaftwerdung von großer Wichtigkeit ist. Fast alle hatten sehr bedeutende Beträge an barem Gelde oder in Bankbillets bei sich.

— Fortschritte der Zivilisation. Die Zivilisation schreitet vor und besonders die letzten Jahre haben erstaunliche Erscheinungen zu Tage gefördert. Was war China und Japan noch vor zehn Jahren gegenüber der westlichen Zivilisation? Heute kann man in New-York täglich Chinesen und Japanesen begegnen, denen man es ansehen kann, daß sie mit den zivilisatorischen Instituten der christlichen Nationen vollständig vertraut sind. Und ebenso ist es bei ihnen zu Hause. Bereits haben sie Nationalschulen und bald

werden sie auch Papiergeld haben. Und doch scheint es, als wäre es erst gestern gewesen, daß Europäer von Hongkong nach Japan rannten, um dort ihr Silber für Gold auszuwechseln, da diese Metalle damals in einem nirgends in der ganzen übrigen Welt geltenden relativen Verhältniß standen. Und für „Papier“ war in derselben Zeit nicht ein Stück Brot oder die geringste Dienstleistung zu erlangen. Weniger empfänglich für die „Wohlthaten der Zivilisation“ sind die eingeborenen Indianer in den Vereinigten Staaten. Als Little Raven (der kleine Rabe) vor einigen Tagen Washington verließ, wo er dem „großen Vater“ (dem Präsidenten) seine Aufwartung gemacht hatte, schlug er es rund ab, New-York zu besuchen, indem er „genug der Zivilisation habe.“ — eine Aeußerung, die vielleicht weniger uneben ist, als es den Anschein hat.

Kofal- und Provinzial-Angelegenheiten.

Kofal-Chronik.

— (Ernennung.) Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliegung vom 25. Juni d. J. den Senatspräsidenten des Obersten Gerichtshofes und Mitglied des Reichsgerichtes Ivan Freih. v. Apfaltern zum Stellvertreter des Präsidenten des Reichsgerichtes allergnädigst zu ernennen geruht.

— (Die Sommerliedertafel des Männerchors der filharmonischen Gesellschaft) findet Samstag den 22. d. M. im Kasinogarten statt. Der Zutritt ist nur den Mitgliedern der Gesellschaft gestattet. Nachdem dieses Fest, das uns die thätige filharmonische Gesellschaft alljährig bereitet, stets zu dem beliebtesten Sommervergnügen unserer Stadt zählt, so sehen wir der heutigen Liedertafel mit um so größerer Vorliebe entgegen, als das Programm, wie man uns versichert, ein sehr gewähltes ist und das Fest heuer in dem schönen und bequem gelegenen Kasinogarten stattfindet.

— (Spende.) Zur Gründung des Krankenunterstützungs- und Beerdigungsvereins der Laibacher freiwilligen Feuerwehr spendete Herr Franz Doherty 10 fl.

— (Beiträge zur slovenischen Amtsrung.) Man schreibt uns aus Gili: Mehrere slovenische Gemeinden, welche zur Bezirkshauptmannschaft Gili gehören, haben an letztere eine Eingabe gerichtet, in welcher sie bekannt geben, daß sie in Zukunft nur mehr slovenisch amtieren und slovenisch korrespondieren werden. Die Eingabe selbst ist auch slovenisch, oder soll vielmehr slovenisch sein, denn keiner der Anwesenden, am wenigsten die Slovenen, vermochten diese zu verstehen. Wir fragen nun, in welcher Sprache amtieren diese sogenannten slovenischen Gemeinden? In der slovenischen Sprache nicht, denn sonst hätten die Slovenen dieselbe verstehen müssen, in der windischen Sprache nicht, denn die windischen Schulräthe verstanden die Eingabe auch nicht; deutsch war sie auch nicht. Wir glauben, daß es so ziemlich in allen Aemtern, wo die sogenannte slovenische Sprache als Amtssprache benützt wird, mit der Kenntniß der slovenischen Sprache ähnlich beschaffen ist, und kommen zu dem Schlusse, daß es wohl keine slovenische Sprache geben muß, da die Slovenen die in dieser Sprache verfaßten Eingaben nicht verstehen. Schließlich muß ich noch bemerken, daß in Untersteiermark bereits die Heiligen eigene, und zwar „slovenische Kanzleien“ haben; denn in der slovenischen Gemeinde St. Christof bei Tüffer trägt das Gemeindehaus die Aufschrift: „Uradna pisarnica St. Cristofa.“ (Amtsstube des heil. Christof!) Es scheint daher, daß das slovenische Reich nicht so sehr dieser, sondern der andern Welt angehört.

— (Das Memorandum der Görzer Slovenen) kann dem Ministerpräsidenten nicht überreicht werden, da in den betreffenden Verhandlungen der dortigen slovenischen Landtagsabgeordneten ein diesbezüglicher Beschluß nicht erzielt werden konnte. Die zwei Veranlasser der Versammlung blieben mit ihren Anträgen ziemlich isolirt, und es ist vorderhand kein weiteres Ergebnis zu gewärtigen. Die Görzer Slovenen dürften sich schwer zu einem vereinigten Vorgehen hierin einschließen.

— (Bahn Servola-Lad.) In der Sitzung des Triester Stadtrathes vom verfloffenen Freitag erstattete Herr Hermet den Kommissionsbericht über die Angelegenheit der Bahn Servola-Lad, für deren näheres Studium ein Laibacher Konsortium den Stadtrath um einen Beitrag von 10.000 Gulden ersucht hatte. Der Bericht sucht den Nachweis zu führen, daß diese Linie der Preßlinie vorzuziehen sei, und beantragt die Bewilligung des angesprochenen Beitrages unter gewissen Bedingungen. Unter anderem soll dem Konsortium eine Anzahl Triester Mitglieder beigegeben werden. Herr Dr. Rafic brachte die Schritte der Handelskammer in Erinnerung, welche im Einklange mit früheren Beschlüssen des Munizipiums den Nutzen und die Nothwendigkeit der Preßlinie hervorgehoben habe, und schlug vor, die Angelegenheit noch durch eine andere Autorität prüfen zu lassen, bis dahin aber die Beschlussfassung zu vertagen. Nach einigen Bemerkungen von Seite der Herren Ballon und Stadler, welcher letztere u. a. sagte, daß der an der Spitze des Konsortiums stehende Laibacher Handelskammerpräsident wohl seine Gründe gehabt haben werde, warum er sich nicht an die Triester Handelskammer wandle, und nach einem Schlussworte des Herrn Hermet, der eine Linie mit einem vom neuen Hafen, den er das Grab des freien Handels von Triest nannte, entfernenden Bahnhof empfahl, wurde der Kommissionsbericht angenommen.

Witterung.

Laibach, 3 Juli.
Die Sommerhitze hat sich eingestellt, fast wolkenloser Himmel, Südwestwind mäßig. Morgenroth. Wärme: Morgens 6 Uhr + 15.9°, Nachmittags 2 Uhr + 22.8° R. (1870 + 16.6°; 1869 + 15.5°). Barometer 325.50". Das vorgestrigte Tagesmittel der Wärme + 15.5°, das gestrige + 16.5° beziehungsweise um 0.3° und 1.2° über dem Normale.

Angelommene Fremde.

Am 2. Juli.
Elefant. Baron Taufferer, Weizburg. — Mayer und Fischer, Villach. — Vöcker, Handelsmann, Ratel. — Scherajal, Kärnten. — Pollat, Handelsmann, Neumarkt. — Juza, Steiermark. — Vukovic, Dekant, Zetschana. — Kofchier, Wartenberg. — Prinz, Sagor. — Turk, St. Veit. — Witscher, Untertraun. — Schwarz, Ungarn. — Eichelner, Bergverwalter, Trisail. — Truxa, f. l. Statthaltereiadjunkt, Wien. — Pollat und Malli, Fabrikanten, und Den, Wessiger, Neumarkt. — Stera und Piller, Kaufleute, Agram. — Schwarz, Kfm., Wien. — Presnikar, Fabrikant, Sonobitz. — Klein, Kfm., Triest. — Zehentmayer, Marineoffizier, Pola. — Garfagetti, Handelsmann, Sissel.
Stadt Wien. Detela, Ehrenau. — Kohn, Wien. — Juwan, Bad. — L. Malli, Handelsmann, Neumarkt. — Ritter v. Goflet, Graßnig. — Magl, Kfm., Wien. — Lininger, Handelsmann, Graz. — Bogacnik, Handelsm., und Pollat, Kfm., Neumarkt. — Otto, Privatier, Graz.
Baierischer Hof. Gulik, Ochsenhändler, Sessana. — Swelz, Ochsenhändler, Triest.
Mohren. Schwarz, Lehrer, und Defranceschi, Handelsmann, Heidenstadt. — Dollenz, Gutmacher, Triest. — Ludwig, Fabrikant, Agram. — Perz, Handelsmann, Gottschee. — Sever, Handelsmann, Rastensfuß. — Kartel, Banzeiniger, Pest.

Verstorbene.

Den 30. Juni. Dem Mathias Kopas, Tagelöhner, sein Kind Franziska, alt 3 1/2 Jahre, im Elisabeth-Kinderspitale in der Polanavorstadt Nr. 67 am Zehrfieber.
Den 1. Juli. Frau Maria Heinricher gewesene Wirthin, alt 49 Jahre, in der Stadt Nr. 222 an der Lungenentzündung.
Den 2. Juli. Dem Valentin Malet, Inwohner, ist sein Kind Anton, alt 2 1/2 Jahre, am Moorgrunde Nr. 2 in Folge der durch den Fall eines Thores erlittenen Kopfverletzung gestorben. — Anton Kern, Tagelöhner, alt 45 Jahre, im Zivilspital an Entzündung der Unterleibsorgane. — Dem Josef Verban, Tagelöhner, sein Kind Josef, alt 5 Monate, in der Polanavorstadt Nr. 37 an der Lungenlähmung.

Verlosung.

(Kredit-Lose.) Bei der am 1. Juli stattgehabten Verlosung wurden nachstehende 16 Serien gezogen: Nr. 429 504 820 1212 1361 1791 1814 1815 1956 3001 3062 3182 3279 3729 4032 und Nr. 4088. Der Haupttreffer mit 200.000 fl. fiel auf Serie 1212 Nr. 45; der zweite Treffer mit 40.000 fl. auf Serie 3279 Nr. 27 und der dritte Treffer mit 20.000 fl. auf Serie 3062 Nr. 95; ferner gewinnen je 5000 fl. S. 820 Nr. 13 und S. 1212 Nr. 98; je 2000 fl. S. 3062 Nr. 57 und Nr. 99; je 1500 fl. S. 429 Nr. 40, S. 820 Nr. 3 und S. 3162 Nr. 97; je 1000 fl. S. 429 Nr. 74, S. 504 Nr. 18 und

74, S. 1361 Nr. 42 und Nr. 76, S. 3062 Nr. 60, S. 3729 Nr. 30 und S. 4088 und Nr. 76; je 400 fl. S. 429 Nr. 25 und 26, S. 504 Nr. 20, S. 820 Nr. 83, S. 1212 Nr. 20, 37 und Nr. 48, S. 1361 Nr. 93, S. 1791 Nr. 33, S. 1814 Nr. 56, 59 und 96, Nr. 1815 Nr. 2 und 29, S. 1956 Nr. 12, 15, 34, 65 und Nr. 97, S. 3001 Nr. 39, 48 und Nr. 49, S. 3062 Nr. 34, 39 und 70, S. 3162 Nr. 30, S. 3279 Nr. 43, S. 3729 Nr. 34, S. 4032 Nr. 54, 78 und Nr. 82 und S. 4088 Nr. 14. Auf alle übrigen, in den obigen Serien enthaltenen Nummern entfällt der geringste Gewinn von je 180 fl. u. d. B.

(1854er Staatslose.) Bei der am 1. Juli vorgenommenen 34. Verlosung der Serien des vierprozentigen Staatslotterie-Anlehens vom Jahre 1854 per 50.000.000 fl. R. wurden nachstehend verzeichnete 26 Serien gezogen, und zwar: Nr. 12 75 103 279 466 761 996 1025 1152 1261 1486 1756 1842 2027 2212 2331 2361 2442 2727 2931 3429 3476 3541 3550 3794 und Nr. 3912. Die Verlosung der in den obigen 26 Serien enthaltenen Gewinnnummern der Schuldverschreibungen wird am 1. Oktober 1871 vorgenommen werden. Die nächste Serienziehung dieses Anlehens findet am 2. Januar 1872 statt.

Lottoziehung vom 1. Juli.

Wien: 61 29 38 67 55.
Graz: 22 37 56 1 39.

Telegramme.

Karlruhe, 2. Juli. Das Ministerium des Aeußern wurde aufgehoben und dessen Agenden dem Finanzministerium überwiesen.

Rom, 2. Juli. Der König ist hier eingetroffen und wurde von den Ministern, den Gefandten und zahlreichen Deputationen aus dem Volke enthusiastisch begrüßt. Regenwetter.

Paris, 2. Juli. Das Gerücht des Rücktritts Jules Favre's wird dementirt.

Bergheers Theater

mit (308)
Geister- und Gespenstererscheinungen,
errichtet in der Sternallee.
Dienstag den 4. Juli geschlossen wegen Vorbereitung zur neuen Aufstellung.

Die Samenhandlung

von (292-2)
Simon Dieterich
in Nürnberg

empfiehlt ihr Lager von **Herbst-, Stoppel- oder Wasserrüben**, sowie alle andern **Sämereien** zur gefälligen Abnahme. Preisliste franco zu Diensten.

Wiener Börse vom 1. Juli.

Staatsfonds.	Geld	Ware	ch. Hypoth.-Bant.	Geld	Ware
Spec. Rente, öst. Bab.	59.40	59.20	ch. Hypoth.-Bant.	95.—	95.50
do. do. öst. Bab.	69.10	69.20	Prioritäts-Oblig.		
do. von 1854	94.50	95.—	Subs.-Bef. zu 500 fl.	110.50	110.75
do. von 1860, ganzl.	100.—	110.20	do. do. 500 fl.	110.50	110.75
do. von 1860, Brantl.	112.50	112.75	do. do. 100 fl.	110.50	110.75
Brantl. u. 1864	127.—	127.00	do. do. 50 fl.	110.50	110.75
Grundentl.-Obl.			do. do. 20 fl.	110.50	110.75
Steiermark zu 5 pSt.	93.—	94.—	do. do. 10 fl.	110.50	110.75
Kärnten, Krain			do. do. 5 fl.	110.50	110.75
u. Kärnten 5	85.75	86.—	do. do. 2 fl.	110.50	110.75
u. Kärnten 3	80.25	80.50	do. do. 1 fl.	110.50	110.75
u. Slav. 5	85.75	86.—	do. do. 0.50 fl.	110.50	110.75
Stebenbürg. 5	76.50	76.75	do. do. 0.25 fl.	110.50	110.75
Aktion.			do. do. 0.10 fl.	110.50	110.75
Nationalbank	773	775.—	do. do. 0.05 fl.	110.50	110.75
Union-Bank	271.70	272.—	do. do. 0.02 fl.	110.50	110.75
Kreditanstalt	285.50	285.70	do. do. 0.01 fl.	110.50	110.75
fl. ö. österr. Bank	940.—	945.—	do. do. 0.005 fl.	110.50	110.75
Engl. österr. Bank	254.—	254.50	do. do. 0.002 fl.	110.50	110.75
Öst. Bodencred.-B.	262.—	261.—	do. do. 0.001 fl.	110.50	110.75
Öst. Hypoth.-Bant.	—	90.—	do. do. 0.0005 fl.	110.50	110.75
Öst. österr. Bank	240.—	—	do. do. 0.0002 fl.	110.50	110.75
Franko-Austria	116.—	116.25	do. do. 0.0001 fl.	110.50	110.75
Kauf. Ferd.-Werb.	1172	1177	do. do. 0.00005 fl.	110.50	110.75
Subbaba-Gesellsch.	178.50	178.70	do. do. 0.00002 fl.	110.50	110.75
Kauf. Elisabeth-Bahn	221.—	221.5	do. do. 0.00001 fl.	110.50	110.75
Karl-Ludwig-Bahn	249.25	249.75	do. do. 0.000005 fl.	110.50	110.75
Steben. Eisenbahn	172.—	172.50	do. do. 0.000002 fl.	110.50	110.75
Staatbahn	413.—	414.—	do. do. 0.000001 fl.	110.50	110.75
St. Franz-Josef-B.	201.40	202.—	do. do. 0.0000005 fl.	110.50	110.75
Frankf.-Bancr. C. B.	178.50	177.—	do. do. 0.0000002 fl.	110.50	110.75
Frankf.-Bancr. C. B.	177.—	177.50	do. do. 0.0000001 fl.	110.50	110.75
Pfandbriefe.			do. do. 0.00000005 fl.	110.50	110.75
Ration. 5. W. verlosb.	91.90	92.50	do. do. 0.00000002 fl.	110.50	110.75
Ang. öst. Kreditbank	84.25	89.50	do. do. 0.00000001 fl.	110.50	110.75
Ang. öst. österr. Kredit.	106.35	106.50	do. do. 0.000000005 fl.	110.50	110.75
do. tu 33 r. ruzj.	86.80	87.20	do. do. 0.000000002 fl.	110.50	110.75
			do. do. 0.000000001 fl.	110.50	110.75

Der telegraphische Wechselkurs ist uns bis zum Schlusse des Blattes nicht zugekommen.